Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Billerbeck zum Entwurf der:

Ersten Änderung des Landesentwicklungsplans NRW - Energieversorgung

vorgelegt vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW (Landesplanungsbehörde) im Februar 2010

Der Klimaschutz und die vom Erdöl ausgehende Ressourcenverknappung stellen die beiden zentralen Herausforderungen an die Energiepolitik in den nächsten Jahrzehnten dar. Die Bundesregierung hat das Ziel gesetzt, die Emissionen der Treibhausgase bis 2020 um 40 % zu senken.

Im Entwurf des Landesentwicklungsplanes wird als Klimaschutzziel genannt, die jährlichen CO₂-Emissionen in NRW bis zum Jahr 2020 um 81 Mio. Tonnen gegenüber 2005 zu senken. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es großer Anstrengungen bei den Klimaschutzmaßnahmen, da in den Jahren 2005 bis 2007 sogar ein Anstieg der CO₂-Emissionen in NRW zu verzeichnen war.

Die Energieerzeugung trägt nicht nur in erheblichem Maße zu den Treibhausgasemissionen bei, sondern ist auch neben anderen Industriebranchen und dem Verkehr eine der Hauptursachen für die Verunreinigung der Luft mit Schadstoffen wie Stickoxide, Feinstaub und Schwermetalle.

Eine hohe Belastung durch Luftschadstoffe wirkt sich nicht nur auf die Gesundheit der Bevölkerung, sondern auf den Zustand von Flora und Fauna aus.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Rohstoffverknappung sowie der wirtschaftlichen Erfordernisse werden in den nächsten Jahrzehnten große Kohle-Kraftwerke durch dezentrale, erneuerbare Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung ersetzt werden müssen. Diesem Wandel der industriellen Strukturen muss das Land sich stellen, damit Innovationspotential und Arbeitsplätze in NRW erhalten bleiben.

Im Hinblick auf die oben dargelegten Aspekte werden folgende Anforderungen an die Neufassung des Landesentwicklungsplanes NRW gestellt:

1. Der LEP muss den Anforderungen, die angesichts der zu erwartenden Erderwärmung an den Klimaschutz in NRW zu stellen sind, Rechnung tragen. Im LEP sind die planerischen Voraussetzungen für eine ökologisch und klimarelevant nachhaltige Energieversorgung zu schaffen. Unter der Prämisse, dass bis zum Jahr 2050 die CO₂-Emissionen um 90 bis 95 % gesenkt werden müssen, ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung planerisch zu sichern.
2. Der LEP muss die planerischen Voraussetzungen für einen ausreichenden Schutz der menschlichen Gesundheit sowie von Flora und Fauna vor den Wirkungen durch Luftschadstoffe wie NO₂, Feinstaub und Schwermetalle schaffen, die durch die Energieerzeugung emittiert werden.
3. Der LEP muss die planerischen Voraussetzungen für einen zukunftsfähigen Umbau der Energiewirtschaft in NRW schaffen, um Innovations-, Wirtschafts- und Arbeitsplatzpotential im Land zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Mit Bezug auf die obigen Anforderungen wird der vorgelegte Entwurf eines neuen LEP wie folgt bewertet:

Der Entwurf des LEP stellt sich die Landesplanungsbehörde nicht den Herausforderungen, die der zu erwartende Klimawandel bedeutet.

Zwar werden als wichtige Bereiche, für die Steuerungsinstrumente geschaffen werden müssen, der Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine verstärkte Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung benannt. Ebenso wird jedoch eine Erneuerung des Kraftwerksparks anvisiert. Ein Bau neuer Kraftwerke durch Nutzung fossiler Energieträger ist jedoch auf Grund der langen Laufzeiten der Anlagen (40 bis 50 Jahre) abzulehnen. Hierdurch würde der Ausbau der Erneuerbaren Energien blockiert.

Wie bisher soll laut Entwurf des LEP ein Energiemix bestehend aus Erneuerbaren Energien und aber auch aus fossilen Energieträgern, die aus heimischer Förderung und aus dem Import stammen, die Energieversorgung des Landes sichern. Ein Vorrang wird den Erneuerbaren Energien dabei nicht eingeräumt. Insbesondere der heimischen Braunkohle soll auch künftig eine besondere Bedeutung bei der Stromerzeugung zukommen. Die Nutzung der heimischen Braunkohlelagerstätten soll daher langfristig gesichert werden. Ein Festhalten an der heimischen Förderung und Verstromung der Braunkohle würde jedoch der Erreichung der Klimaschutzziele entgegen stehen.

Im Entwurf des LEP ist als Grundsatz formuliert, dass planerischen Voraussetzungen für die Nutzung der Erneuerbaren Energien geschaffen bzw. verbessert werden sollen. Im derzeit gültigen LEP ist eine stärkere Nutzung der regenerativen Energien noch als Ziel, d.h. verbindlich festgelegt. Statt den klimaverträglichen Energiearten einen Vorrang gegenüber der konventionellen Energieversorgung zu sichern, werden bestehende Ausbauehemmnisse nur unzureichend beseitigt und insbesondere bei der Windkraft Restriktionen festgeschrieben, obwohl dieser Art der Energieerzeugung auch im Entwurf des LEP ein Ausbaupotential von besonderer Bedeutung zugeschrieben wird. Beim Ausbau der Windkraft wird vor allem auf das Repowering gesetzt, der notwendige Bau neuer Anlagen findet keine Erwähnung. Anders als bei den Großkraftwerken sollen Vorranggebiete die Wirkung von Eignungsgebieten haben, d.h. außerhalb der für die Windkraft dargestellten Vorrang- bzw. Eignungsgebiete dürfen keine Windkraftanlagen errichtet werden. Für die Solarenergie ist dies – weniger restriktiv - als Kann-Vorgabe für die regionalen Planungsträger vorgesehen.

Im Hinblick auf die Energieeffizienz neuer Kraftwerke wird als alleiniges Steuerungsinstrument auf den Emissionshandel gesetzt. Die Effizienzsteigerung im Kraftwerkspark kann jedoch nicht durch den Emissionshandel als alleinigem Steuerungsinstrument erfolgen, sondern nur wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, durch eine Kombination von Emissionshandel, planerischen Vorgaben und finanzieller Förderung.

Die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung wird nicht verbindlich festgelegt, sondern lediglich als Option – in Abhängigkeit von Nachfragepotential, Infrastruktur und Vertretbarkeit des Aufwandes – benannt. Um das große Potential der Kraft-Wärme-Kopplung auszuschöpfen, muss deren Nutzung jedoch als verbindliches Ziel festgeschrieben werden. Neue Kraftwerke dürfen nur an Standorten errichtet werden, an denen eine Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung gewährleistet werden kann.

Die 36 im LEP-Entwurf benannten Standorte für Großkraftwerke stellen Vorranggebiete dar, die nicht die Wirkung von Eignungsgebieten haben. Das bedeutet, dass ein Kraftwerksneubau auch außerhalb der 36 genannten Standorte möglich ist. Hiermit wird der Bau neuer Großkraftwerke zugelassen, der eine gravierende Konkurrenz zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und der dezentralen Energieversorgung darstellt. Diese Regelung ist daher abzulehnen. Vorranggebiete für Großkraftwerke müssen die Wirkung von Eignungsgebieten haben.

Im Entwurf des LEP wird der Konflikt zwischen Energieversorgung einerseits und Luftreinhaltung zum Schutz der Bevölkerung und Erhalt der Biodiversität andererseits nicht thematisiert. Dies ist angesichts des hohen Flächennutzungsdrucks in NRW als gravierendes Versäumnis zu bewerten.

Wie im LEP-Entwurf dargelegt, lehnt die Landesregierung den Bau neuer Atomkraftwerke in NRW ab, schließt jedoch die Nutzung von Kernenergie zu Forschungszwecken nicht aus. Da der Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland gesetzlich festgelegt wurde, ist das Vorhaben eines Wiedereinstiegs in die Kernforschung als konzeptlos zu bewerten.

Es wird festgestellt, dass der vorliegende Entwurf des LEP ein „Weiter wie bisher“ in der Energieversorgung festschreibt und den Anforderungen des Klimaschutzes und der Luftreinhaltung nicht gerecht wird. Die Landesplanungsbehörde wird daher aufgefordert, folgende Aspekte im LEP zu berücksichtigen:

1. Um die planerischen Voraussetzungen für die Erreichung der Klimaschutzziele zu schaffen, ist im LEP das Ziel einer ökologisch und klimarelevant nachhaltigen Energieversorgung festzulegen. Hierzu ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien mit Vorrang vor der Energieerzeugung mit fossilen Energieträgern zu berücksichtigen.
2. Für bestehende bzw. genehmigte Großkraftwerke soll, insofern für sie eine rechtsgültige Betriebsgenehmigung vorliegt, ein Bestandschutz geschaffen werden. Neue Großkraftwerke dürfen nur dann zugelassen werden, wenn sie unter Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung mit der derzeit technisch machbaren Effizienz betrieben werden.
3. Außerhalb der dargestellten Standorte sollen keine Großkraftwerke errichtet werden, d.h. Vorranggebiete für Großkraftwerke sollen die Wirkung von Eignungsgebieten haben. Andere Bereiche sollen der dezentralen Energieversorgung vorbehalten sein.
4. Großkraftwerke dürfen nur dann errichtet werden, wenn der Schutz der Bevölkerung sowie von Flora und Fauna vor Luftschadstoffen gewährleistet ist. Hierzu müssen die notwendigen Abstände zu Wohngebieten und FFH-Gebieten eingehalten werden. Im Rahmen der Umweltprüfung zum Entwurf des LEP ist eine Prognose über die Änderungen der Luftqualität, die durch den Bau neuer Kraftwerke zu erwarten wäre, zu erstellen.
5. Neue Abbaugelände für die Braunkohle werden künftig planerisch nicht mehr dargestellt werden. Mit dem Auslaufen der derzeit gültigen Betriebsgenehmigungen für die bestehenden Braunkohletagebaue soll aus Klimaschutzgründen ein Ausstieg aus der Braunkohlenutzung erfolgen.
6. Im LEP sind die planerischen Voraussetzungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, hierbei vor allem für den Ausbau der Windkraft zu schaffen. Hierzu sind Vorranggebiete für die Windkraft in den Regionalplänen darzustellen. Vorranggebiete für die Windkraft sollen nicht die Wirkung von Eignungsgebieten haben. Gleiches ist für die Nutzung der Solarenergie festzulegen. Für die Nutzung der Windkraft ist als Grundsatz zu formulieren, dass für Höhenbegrenzungen und Abstände keine allgemeinen Regelungen gelten sollen, sondern eine Prüfung im Einzelfall nach fachrechtlichen Vorgaben erfolgen soll. Waldbereiche sind für die Windkraftnutzung zuzulassen.
7. Der Bau neuer Atomkraftwerke und Kernforschungsreaktoren ist auszuschließen.